

Haushaltsrede 2022 (Fraktion FWG Pegnitz / Freie Wähler Bayern)

Sehr geehrter Hr. Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Zuhörerschaft und Vertreterin der Presse,

„Geld regiert die Welt“ ist sicherlich einer der bekanntesten Sprüche und zweifelsohne zutreffend für unser heutiges Thema. Im Gegensatz zu ideellen Werten ist Geld objektiv ausdrückbar. Im kommunalen Haushalt geht es bekanntlich genau darum, festzulegen, was uns bestimmte Dinge im betreffenden Haushaltsjahr objektiv Wert sind. Mit dem Haushalt bestimmen wir maßgeblich unseren Handlungswillen und unsere Handlungsfähigkeit.

Betrachtet man den Haushaltsentwurf, so sind viele Zahlen historisch bedingt. Wir müssen feststellen: „Unser Erbe ist nicht einfach“. Nichtsdestotrotz befinden wir uns im dritten Amtsjahr und wir hatten schon viele Gelegenheiten auf das vorliegende Zahlenwerk Einfluss zu nehmen. Im Vergleich mit den letzten Haushalten müssen wir jedoch konstatieren, dass sich die Dinge nicht wesentlich geändert haben.

Viele Themen bleiben teils ungeklärt:

- Die Hausrücklagen
- Die Selbstbedienung des Freizeitparkes beim Windpark
- Das vorläufige Rechnungsergebnis für 2021
- Die unrechtmäßige Festsetzung der Kreisumlagehöhe
- Die negative freie Finanzspanne
- Die Defiziterhöhung im Eigenbetrieb

Aber der Reihe nach...

..... beginnen wir mit den Haushaltsrücklagen. Wir waren schon einigermaßen überrascht, als wir in den Unterlagen des Haushaltsentwurfes von knapp 7,2 Mio. € plus 500.000 € Sonderrücklage gelesen haben. Im letzten Haushaltsentwurf war die Rücklage noch mit knapp 2,8 Mio. € und 500.000 € Sonderrücklage ausgewiesen.

Grundsätzlich ist die Entwicklung durchaus positiv zu beurteilen, kommt der Rücklagenaufbau nach Aussage der Verwaltung aus den nachgeholten Rechnungsabschlüssen der letzten Haushaltsjahre und bedeutet einen Überschuss. Soweit die oberflächliche Bewertung. Tatsächlich muss man rekapitulieren, dass die Überschüsse nicht aufgrund unerwarteter Einnahmen entstanden sind, sondern aufgrund nicht abgewickelter Investitionen und ein weiterer Teil vermutlich aus nicht getätigten Defizitausgleichen an den Eigenbetrieb stammt.

Unter dieser Annahme wäre auch erklärbar, warum der Windpark an den Freizeitpark eine weiterhin offene Forderung von etwa 5,9 Mio. € hat, hier hat sich der Freizeitpark schlicht beim Windpark bedient - ohne entsprechende Beschlüsse durch die zuständigen Gremien. Es war uns im Rahmen der Haushaltsberatungen ein wichtiges Anliegen, diese tickende Zeitbombe zu entschärfen, indem wir mit diesem Haushalt einen Teil der Forderungen aus dem Windpark ausgleichen. Alle unsere Bemühungen liefen jedoch ins Leere. Damit ich nicht falsch verstanden werde, wir stellen die Zahlen im Haushalt nicht infrage, es geht darum, wie damit umgegangen wird und ob der Bürgermeister und dieses Gremium bereit sind, die Missstände in der Haushaltsführung der vergangenen Jahre zu bereinigen.

Damit nicht genug, mit dem aktuellen Haushalt wird eine weitere Entnahme von 1,974 Mio. € geplant und nach Aussage der Kämmerin werden wir das letzte Haushaltsjahr ebenfalls mit einem Defizit abschließen und so die Rücklage weiter belasten.

Kommen wir zum vorläufigen Rechnungsergebnis des Verwaltungshaushaltes 2021. Der im Haushaltsentwurf genannte vorläufige Wert von 23,5 Mio. € als Ausgabenergebnis liegt 3,5 Mio. € unter dem Ansatz. Wir haben die uns zur Verfügung gestellten Zahlen überschlägig nachgerechnet und müssen feststellen, dass Gegenteil ist der Fall. Fast alle Haushaltsansätze bei den Ausgaben im Verwaltungshaushalt 2021 wurden überschritten. Der Wert ist nach unserer Bewertung schlicht falsch und wird korrigiert werden müssen mit entsprechenden Folgen.

Die Kreisumlage: Sehr kritisch betrachten wir seit Jahren die von uns eingeforderte und jetzt auch per Rechtsprechung auferlegte Verpflichtung der Kreisbehörden, den eigenen Finanzbedarf im Rahmen der Aufstellung des Kreishaushaltes und auch denjenigen der Umlagezahler zu ermitteln. Eine sehr kurzfristige Einholung wie dies der Landkreis in den letzten Tagen vor der Haushaltsverabschiedung des Landkreises bei seinen Kreiskommunen durchgeführt hat, um hier Ermittlungsdefizite doch noch heilen zu können, war und ist für uns als Fraktion nicht in Ordnung. Als Fraktion fordern wir sich den Bemühungen der Stadt Pottenstein anzuschließen und zu klagen.

Die freie Finanzspanne: Der vorgelegte Haushalt weist lediglich 691.900 € als Zuführung zum Vermögenshaushalt aus. Unter Abzug der ordentlichen Tilgungsverpflichtung wird die Zuführung negativ und unterschreitet somit die gesetzliche Mindestzuführung.

Dies bedeutet:

- Die Stadt Pegnitz schafft es nicht, ihre ordentliche Tilgungsverpflichtung zu erwirtschaften
- Die Stadt Pegnitz erwirtschaftet mit dieser Haushaltswirtschaft keinen einzigen Euro für Investitionsmöglichkeiten.

Weiter muss die mit dem Haushaltswerk vorgelegte mittelfristige Finanzplanung in den Ansätzen für die nächsten Haushaltsjahre als so nicht erreichbar betrachtet werden.

Beispiel:

In der Finanzplanung des Vermögenshaushaltes 2023-2025 sind Investitionen von ca. 26 Mio. € angedacht, auf der Einnahmenseite werden für Förderungen, Zuschüsse, Verkäufe usw. aber nur 15 Mio. € veranschlagt. Unter Hinzurechnung der erwirtschafteten Eigenmittel von 2,152 Mio. € klafft ein Finanzierungsloch von rund 8,85 Mio. €. Auch in diesem Zusammenhang hatten wir als Fraktion versucht auf die Haushaltswirtschaft einzuwirken. Leider ohne Erfolg, der Bürgermeister ist nicht bereit seine unseriöse Finanzplanung zu korrigieren.

Kommen wir von den Ungereimtheiten zu den bedeutendsten Ausgabepositionen im Verwaltungshaushalt: Personalausgaben hoch, Kreisumlage hoch, Zuschüsse an Kindertagesstätten hoch, Zuschüsse zum Freizeitpark hoch. Alleine diese vier Ausgabenpositionen umfassen 67,5 % unseres Gesamtvolumens. Da bleibt der niedrigere Ansatz bei den Geschäftsausgaben ein schwacher Trost und ist nur ein Effekt des geänderten internen Verrechnungssatzes.

Lassen Sie mich auf die vier Ausgabepositionen kurz eingehen.

Personalkosten: Die Personalkosten wachsen um knapp eine halbe Million €. Das ist eine Steigerung um 9,45%. Dabei beinhaltet der heute vorgelegte Stellenplan noch fünf unbesetzte Stellen. Zusätzlich haben wir für Jugendsozialarbeit und dem Integrationsmanagement Stellen geschaffen, welche nicht unsere

Pflichtaufgaben umfassen. Die Kostenentwicklung ist damit absehbar und wird seinen Beitrag für das drohende Desaster leisten. Damit hierbei kein falscher Eindruck entsteht, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten hervorragende Arbeit unter erschwerten Bedingungen. Für uns handelt es sich hierbei viel mehr um ein Organisationsversagen.

Kreisumlage: Bei der Kreisumlage handelt es sich natürlich um eine Ausgabeposition, welche wir nicht direkt beeinflussen können. Allerdings für unseren Anteil dürfen wir mehr Engagement und Investitionen in Pegnitz erwarten. „Anstelle in die Infrastruktur zu investieren oder uns beim Freizeitpark zu helfen wird das tote Pferd der Hotelfachschule weiter geritten“. Längst könnte in der Hotelfachschule eine Zweigstelle der Zulassungsstelle und / oder des Bauamtes untergebracht sein. Glaubt man dem Flurfunk, haben mittlerweile auch andere Kreistagsfraktionen die notwendige Einsicht erlangt – diese verspätete Einsicht hat unseren Bürgerinnen und Bürgern im Landkreis bereits knapp 1,5 Mio. € gekostet.

Zuschüsse an Kindertagesstätten: Mit einem Haushaltsansatz von 4,251 Mio. € bei den Zuschüssen an Kindertagesstätten haben wir auch hier einen neuen Rekordwert erreicht. Als Fraktion liegt uns dieses Thema sehr am Herzen und wir sind fest davon überzeugt, dass wir mit einem zentralen Haus für Kinder den Spagat zwischen geringeren Ausgaben bei steigender Betreuungsqualität erreichen können. Unser Antrag zum zentralen Haus für Kinder wurde leider noch nicht behandelt, nichtsdestotrotz möchte ich bereits heute hierfür werben. Es geht um einen Wendepunkt in unserer Kinderbetreuungspolitik. Mit einem zentralen Haus für Kinder und den bestehenden Strukturen in unseren Ortsteilen sollte uns dieser Wendepunkt gelingen.

Zum Freizeitpark: Es kam wie es kommen musste, der Ansatz wurde im Vergleich zum Vorjahr von 2,269 Mio. € auf 2,8446 Mio. € erhöht. Das eine Gemeinde sich mit solch einer Einrichtung ruinieren kann zeigt uns das Beispiel in Bad Alexanderbad. Der Handlungsbedarf ist akut - unser Antrag hierzu sah zwei zentrale Punkte vor:

1. Die Schaffung einer passenden Rechtsform und die Auflösung der Verflechtung aus Eigenbetrieb und Kommunalunternehmen
2. Die konzeptionelle Überarbeitung des Badbetriebes

Zur Rechtsform: Die Grundlage für diese organisatorische Konstellation war dem gewünschten Steuerverbund und der Tarifierung geschuldet. Erster Grund kam bis heute nicht zum Tragen. Die aktuelle Organisationsform trennt nicht nach Betriebszweck, sondern nach Eigentum und Bewirtschaftung. Für uns ist es längst überfällig die Rechts- und Organisationsform infrage zu stellen. Wie bereits zu Beginn erwähnt, hat diese

Verschachtelung offensichtlich auch dazu geführt, dass knapp 6 Mio. € aus dem Windpark zweckentfremdet wurden.

Zur konzeptionellen Überarbeitung des Badbetriebes: Der veranstaltete Workshop hat uns einen guten Einblick verschafft, was das Bad ursprünglich sein sollte und was es ist – ein Familienbad. Um den Badbetrieb zu konsolidieren haben auch wir als Fraktion entsprechende Vorschläge gemacht.

Kommen wir zum Eisstadion und dem Eissport in Pegnitz, hierzu möchte ich nach einigen Irritationen hier im Gremium und in der Öffentlichkeit ein paar Dinge klarstellen. Der Eissport in Pegnitz hat bekanntlich eine lange, erfolgreiche und sehr schöne Tradition. Viele Mitglieder auch unserer Gruppierung waren oder sind Teil dieser Erfolgsgeschichte und wir als Fraktion wünschen uns hierfür eine Zukunft. Wir begrüßen ausdrücklich die Bemühungen des Fördervereins zum Bau einer privatwirtschaftlichen Eissportarena, diese wäre von großer Bedeutung für unsere Stadt und entlastet den Stadthaushalt.

Bleibt noch die Frage nach dem Weiterbetrieb des bestehenden Eisstadions. Es ist vermutlich unstrittig, dass die Bausubstanz bereits schwer unter ihrem Alter gelitten hat. Der Weiterbetrieb verteuert sich alljährlich um immer größere Instandhaltungsmaßnahmen. Alleine durch die Anmietung der mobilen Eisanlage haben wir das jährliche Defizit um weitere 120.000€ erhöht. Als Fraktion hatten wir andere Vorschläge und sehen auch die Vereine in der Pflicht, schließlich handelt es sich um eine indirekte Vereinsförderung auf freiwilliger Basis. Umso unverständlicher ist für uns in diesem Zusammenhang das Agieren des Landratsamtes Bayreuth und des Bürgermeisters. Mit Verweis auf das Schreiben des Landratsamtes vom 08.06.2021 wurde uns folgendes mitgeteilt:

(Zitat) „Der Stadt Pegnitz wurde mit Schreiben der Regierung von Oberfranken vom 25.11.2020 eine Stabilisierungshilfe zur Schuldentilgung in Höhe von 2.4000.000 € unter Auflagen bewilligt.

Als Auflage wurde u. a. festgesetzt, dass die Stadt Einnahme- und Einsparmöglichkeiten zur Reduzierung des Zuschussbedarfes bei den Freizeitanlagen auslotet und bei der Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes eine Reduzierung der freiwilligen Leistungen einschließlich der Fehlbeträge der defizitären Einrichtungen prüft.

Um diese Auflage zu erfüllen hat die Stadt Pegnitz dem Verwendungsnachweis 2020 u. a. eine Stellungnahme zum Defizitausgleich der Stadt an den Eigenbetrieb Freizeitpark beigefügt. Zur Reduzierung des jährlichen

Defizits wurde beispielsweise aufgeführt, dass den zuständigen Gremien vorgeschlagen wird, einen Beschluss über die Schließung des Eisstadions ab der kommenden Saison zu fassen. Zudem wurde angeführt, dass ein Beschluss darüber gefasst werden soll, dass das Ganzjahresbad erst im Oktober 2021 öffnet oder auch das unwirtschaftliche Öffnungszeiten im Bereich der Gastronomie vermieden werden sollen. Die in der Stellungnahme angeführten Beschlussvorschläge sollten demnach im Mai 2021 beschlossen und anschließend der Rechtsaufsicht vorgelegt werden.“ (Zitat Ende)

Einige Zeilen später im gleichen Schreiben wird folgendes angeführt:

(Zitat) „Es wird daher, um den Konsolidierungswillen der Stadt nachweisen zu können, rechtsaufsichtlich ausdrücklich und dringend empfohlen, den Zuschussbedarf bei den Freizeitanlagen nochmals zu prüfen und diesen durch entsprechende Umsetzung der in der Stellungnahme aufgeführten Möglichkeiten zu reduzieren. Andernfalls ist, wenngleich das Bedarfszuweisungsteam über den Erhalt von Stabilisierungshilfen entscheidet, aus Sicht der Rechtsaufsicht des Landratsamtes Bayreuth fraglich, ob die festgesetzten Auflagen erfüllt werden. Aus Sicht des Landratsamtes ist es daher unerlässlich, dass der entsprechende Zuschussbedarf im Vergleich zum Haushaltsjahr 2020 gesenkt wird bzw. dass zumindest, wie in der Stellungnahme seitens der Stadt mitgeteilt wurde, entsprechende Beschlüsse gefasst wurden.“ (Zitat Ende)

Nach viel öffentlicher Aufregung um unseren Antrag zur Schließung des Eisstadions wurde uns durch die Verwaltung mitgeteilt, dass nach einem Gespräch zwischen Bürgermeister und Landratsamt am Inhalt des Schreibens nicht festgehalten wird. Das Landratsamt hat einfach nicht wirklich gemeint, was es geschrieben hat. Wir sind gespannt, wie die Rechtsaufsicht auf die geplante Defizitsteigerung von 575.600 € reagieren wird.

Der Freizeitpark bleibt ein spannendes Thema. An dieser Stelle möchten wir auch den amtierenden Landrat an seine Wahlversprechen erinnern, uns hierbei finanziell zu unterstützen.

Genug zu den Ausgaben, als Gemeinde haben wir natürlich auch Einnahmen, auch hier möchte ich wenigstens zwei bedeutende Positionen ansprechen.

Beginnen wir mit der Gewerbesteuer. Der Ansatz zur rückläufigen Gewerbesteuer stimmt exakt mit unserer Kritik vom letzten Haushaltsjahr überein. Mit der Ableitung aus den Vorbescheiden auf Basis des Vorkrisenniveaus war für uns klar, dass der letzte Haushaltsansatz zu optimistisch war. Umso mehr verwundert waren wir über die unterjährige Information hierzu.

Bleibt noch die Einkommensteuerbeteiligung, unsere bedeutendste Einnahmequelle. In vielen Debatten haben wir versucht auf die enorme Bedeutung dieser Einnahmequelle hinzuweisen, besonders im Zusammenhang mit unserer Politik zur Bauleitplanung. Für so manchen klingt es verwerflich, doch je höher das Einkommen unserer Bürgerinnen und Bürger ist, desto besser geht es uns als Gemeinde. Wenn wir uns diese Einnahmequelle erhalten oder gar ausbauen wollen, bringen uns Plattenbauten nicht voran.

Noch einige Worte zum Vermögenshaushalt - auf jede Einzelposition einzugehen, erspare ich mir. Wozu auch? Fehlen uns doch die notwendigen finanziellen Mittel um investieren zu können. Ein bekannter Bundeskanzler hat einmal gesagt (Zitat): Ich möchte nicht, dass man den sozialen Status von Menschen an den Zähnen ablesen kann (Zitat Ende). In diesem Zusammenhang möchte ich meine Version ableiten: „Ich möchte nicht, dass man bei uns in Pegnitz und seinen Ortsteilen den Zustand unserer Finanzen am Zustand der Gemeindeverbindungsstraßen ablesen“ – leider ist das so.

Bleibt als bedeutende Investition noch der geplante Bauhof anzusprechen. Auch hier kommt zum Tragen, was wir als Fraktion jahrelang kritisiert haben: Es wurde kein Geld in die Instandhaltung, Modernisierung und den Ausbau gesteckt – womit auch. Der Bauhof wurde schlicht abgewirtschaftet und mit dem Verkauf der angrenzenden Grundstücksfläche wurde auch die letzte Möglichkeit vergeben am bestehenden Standort in modularer Bauweise kostensparend zu erneuern oder gar zu erweitern. Im Ergebnis bekamen wir lediglich zwei Vorschläge für etwa 6,5 Mio. € am bestehenden Standort präsentiert. Womit wir diese Investition finanzieren wollen ist uns rätselhaft, sicherlich wird auch eine mögliche Stabilisierungshilfe hiervon nur einen Bruchteil abdecken. Nebenbei bemerkt: Es wurde bei solchen Maßnahmen noch selten das geplante Budget eingehalten.

Hoffentlich irren wir uns als Fraktion, andernfalls müssen sich die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt an weitere Einschnitte und Abgabenlasten gewöhnen. Im Abwasserwerk erkennen wir klar eine weitere Steigerung des Abwasserpreises, die Feuerwehren werden lernen müssen mit weniger auszukommen, manche Freizeitangebote werden wir nicht aufrechterhalten können und über die Entwicklung der Grundsteuer darf spekuliert werden. Wir als Fraktion wollten das so nie haben.

Ich darf meine Ausführungen schließen mit der Ankündigung, dass wir diesen Haushaltsentwurf aus genannten Gründen nicht zustimmen werden. Wir haben ernsthafte Bedenken zur Genehmigungsfähigkeit dieses Haushaltes und lassen uns im Hinblick auf die gefährdete Konsolidierung auch nicht unter Druck setzen.

„Dieser Haushalt lässt keinen Umbruch erkennen!“ Der Bürgermeister führt schlicht die Missstände seines Vorgängers unvermindert fort. Die Ansiedelung der Beamtenfachhochschule oder die Abarbeitung der Dorferneuerungen als besondere Leistung zu verkaufen wirkt hilflos.

Last but not least möchte ich mich im Namen der gesamten Fraktion bei allen Beteiligten für deren Arbeit bedanken. Besonderer Dank gilt unserer Kämmerin Fr. Beck, der gesamten Verwaltung und allen Kolleginnen und Kollegen des Gremiums.

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Claus Spieler

Fraktionsvorsitzender FWG/FW